

Sehr geehrte Damen und Herren,

wir stehen heute vor einem Gesetzentwurf, der vorschlägt, „Zufriedenheit und Glück“ als Staatsziel in der Verfassung von Nordrhein-Westfalen zu verankern. Doch dieser Ansatz birgt Risiken, die wir nicht unterschätzen dürfen.

Erstens, wenn wir beginnen, das Streben nach Zufriedenheit über konkrete Leistung zu stellen, könnten die Noten und Leistungsbewertungen in Schulen und Unternehmen als weniger wichtig angesehen werden. Wenn jedoch Schüler und Arbeitnehmer keine objektiven Maßstäbe mehr haben, um ihren Fortschritt zu messen, dann leidet langfristig die Qualität unserer Bildung und unserer Arbeit. Ohne klare Standards könnte die allgemeine Intelligenz und das Leistungsniveau in unserer Gesellschaft sinken, da niemand mehr motiviert ist, sich anzustrengen oder zu verbessern. Der Wettbewerb und der Ehrgeiz, die für Fortschritt und Innovation notwendig sind, könnten so verloren gehen.

Zweitens, ein Staat kann nicht nur auf Zufriedenheit aufbauen. Es sind harte Arbeit und Engagement, die unsere Wirtschaft am Laufen halten. Wenn wir „Glück“ als oberstes Ziel setzen und die Menschen sich auf ihre Zufriedenheit konzentrieren, könnte die Motivation, produktiv zu arbeiten, schwinden. Der Gedanke an Freizeit und Erfüllung könnte den Anreiz, zum Arbeitsplatz zu gehen, schwächen. Doch ohne Arbeit gibt es keine Produktion, und ohne Produktion gibt es keine Produkte, die wir konsumieren können. Das hätte fatale Folgen für unsere Wirtschaft. Denn wenn der wirtschaftliche Output sinkt, stehen wir vor einer Krise, die sowohl Arbeitsplätze als auch unseren Lebensstandard gefährdet.

Drittens, die Rolle des Staates sollte nicht darin bestehen, das Glück seiner Bürger direkt zu garantieren. Glück und Zufriedenheit sind subjektive Zustände, die für jeden anders aussehen. Eine Verfassungsänderung könnte diesen persönlichen Bereich unnötig verallgemeinern und Bürokratie schaffen, ohne echte Lösungen anzubieten. Der Staat sollte sich auf die Schaffung von Rahmenbedingungen konzentrieren, die Bildung, Arbeitsplätze und soziale Sicherheit fördern – die Bausteine, die langfristig zu Zufriedenheit führen können, jedoch nicht als übergeordnete Ziele, sondern als Ergebnisse einer gesunden und produktiven Gesellschaft.

Zusammenfassend bitte ich Sie, die potenziellen Folgen dieser Gesetzesänderung zu bedenken. Wir dürfen nicht die bewährten Grundlagen für wirtschaftliche Stärke und persönlichen Erfolg opfern. Lassen Sie uns den Fokus darauf setzen, dass Leistung anerkannt und Wertschöpfung gefördert wird – und so langfristig den Weg für echte Zufriedenheit bereiten.

Vielen Dank.